

Die Nukleare Kontroverse

Bürgerinitiativen als Objekt sozialwissenschaftlicher Ausforschung

Von Richard Albrecht und Karl Heinz Oppen

I

Wenn wir als Anzeichen für die Bedeutsamkeit der „nuklearen Kontroverse“ der 70er Jahre das zu ihrer publizistischen Ausfechtung verbrauchte Papier verallgemeinern, dann ist die Auseinandersetzung inzwischen so groß dimensioniert wie nur wenige zu *Medien*problemen aufgerückte *Real*probleme. Sachbücher ökologistischen Zuschnitts werden seit Jahren auf den Büchermarkt geworfen, und auch die dominierenden tagesaktuellen Medien monopolistischer Ausprägung widmen sich „energiepolitischen“ Topoi. Parteitage bürgerlicher Parteien „ringen“ um Kompromißformeln, die dann in ihre Papiere eingehen und durch Integrationsversuche die Zerreißprobe auffangen sollen (auch das hilft nicht immer: Ende Dezember 1978 traten z. B. aus der Bremer SPD 27 Sozialdemokraten, dabei einer der drei früheren Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz, aus). Schließlich erbrachte die Schnellbrüter-Abstimmung im Deutschen Bundestag im Dezember 1978 (erfolgreiche) Erpressungsversuche gegen sechs dissidente FDP-Bundestagsabgeordnete. Auf der anderen Seite sind die vielfältigen örtlichen, regionalen, zentralen, organisierten und unorganisiert-spontanen – inzwischen teilweise multiinstitutionell getragenen – Initiativen in ihrer Differenziertheit von außen kaum noch zu überblicken.

In der Bundesrepublik können die sichtbaren Auswirkungen der „nuklearen Kontroverse“ schon lange nicht mehr bloß mit Stichworten wie Whyll, Brockdorf und Kalkar beschrieben werden. Die Kontroverse, in die sich inzwischen natürlich auch der Staatsschutz mit seinen besonderen Repressionsmethoden eingeschaltet hat, geht zunehmend auch in gesellschaftliche Bereiche ein, die den Handlungen der – aktuell oder potentiell – Betroffenen vorgeschaltet oder nachgelagert sind: es geht, um die Beeinflussung der bewußtseinsmäßigen Grundlagen von Handlungsbereitschaften der Menschen im Problemfeld „friedliche Nutzung“ der Atomenergie¹⁾.

Hier soll die empirische Sozialforschung im Auftrag privater oder/und staatlicher Interessenten an der Atomenergie ansetzen. Wir gehen, davon aus, daß es

1) Wir beschränken uns im folgenden auf Problemfelder der „friedlichen Nutzung“ – ohne Illusionen nähren zu wollen, es ginge *allein* um sie. Denn bekanntlich ist auch die Bundesrepublik ein nukleares Pulvertaß, lagern doch in einzelnen Regionen Tausende atomarer Sprengköpfe zur „Vorwärtsverteidigung“. Von „nukleartaktischen Waffen“, die „auf unserem Kontinent“ lagern, spricht jedenfalls das „Weißbuch 1975–76“ des Bundesverteidigungsministeriums (S. 49).

sich bei den vielfältigen Bürgerinitiativen für den Schutz der Umwelt und vor allem des Menschen angesichts der Gefährdungs- und Vernichtungspotentiale, die von der privat oder staatlich angewandten Technik um (wie immer zunächst die Erscheinungsformen des Protestes ausgeprägt sein mögen) legitime demokratische Initiativen von Bürgern für ihre aktuellen und tendenziell zukunftsbezogenen unmittelbaren Lebensinteressen handelt. Gerade im Bereich der Umweltbürgerinitiativen werden Interessen organisiert und Lernprozesse eingeleitet, die „an typischen Konfliktpotentialen des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ in Form von „neuen Kampf- und Aktionsformen“ anknüpfen und deren Mitglieder spezifisches „*antimonopolistisches Konflikt- und Kampfbewußtsein*“ herausbilden können²⁾.

II

Die in Quantität und Qualität von den „Machern“ der Atompolitik zunächst nicht erwartete Auseinandersetzung um energiepolitische Projektionen erweist sich zunehmend als „Herausforderung“ für weitreichende konzeptionelle Ansätze verhaltenswissenschaftlicher Forschung und Empirie. Die Argumente werden zwar unter dem Primat der politischen und technischen Praxis abgetauscht (dies z. T. gerade auch von seiten der Bürgerinitiativen in verwissenschaftlichter Form); aber die *Kernfrage* wird zu oft umgangen. Das ist Resultat einer Entpolitisierungstaktik: gerade von seiten der herrschenden Kräfte und Interessenten an der raschen Durchsetzung der Atomenergienutzung in Atomkraftwerken (AKW) wird immer schon von diesen Fragen abgelenkt, daß nämlich „nicht die Kernenergie als zweifellos entwickelte technologische Stufe der Produktivkraftentwicklung schon vom Übel ist, sondern daß es vielmehr auch wesentlich darauf ankommt, *in wessen Interesse* sie, wenn überhaupt, angewandt wird und *wer ihre Anwendung kontrolliert* (. . .).“³⁾ Es führt an der schon klassischen politischen Frage des: *cui bono*, welche sozialen und politischen Kräfte in welchem Interesse und mit welchen Zielen welche „energiepolitischen“ Maßnahmen durchsetzen wollen, kein Weg vorbei. Wer glaubt, sich hier nicht stellen zu müssen, gleitet letztendlich, bei aller Ästhetik des Frei-Schwebens, in entgeschichtlichten und formationsunspezifischen Sphären in neubürgerliche Untergangsmystik ab oder sehnt sich, dies eine Renaissance des romantizistischen Antikapitalismus, nach dem Wiederherstellen der Unmittelbarkeit des Alltagslebens in kleinen, dezentralisierten Organisationsformen.

Diese Dimensionen der Nuklearkontroverse verweisen auf die spätbürgerliche Legitimationsproblematik, auf eine *Legitimationskrise* und ein *Legitimationsdefizit* jener, die Bau und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken vorantreiben und unterstützen. Für Atomindustrie und Energieversorgungsunternehmen sowie planende und vollziehende staatliche Instanzen in der BRD ist

2) Vgl. R. Albrecht, Arbeiterklasse, Intelligenz und antimonopolistische Aktionen; in: IMSF (Hrsg.), Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD, Frankfurt M. 1974, S. 167.

3) Vgl. R. Albrecht, Von der „Unabhängigkeit“ der Überwachung von Kernkraftwerken; in: „Blätter“, 8. 1978, S. 948.

es schwieriger geworden, die gemeinsamen – wenngleich sich in Detailfragen des Herangehens gelegentlich unterscheidenden – atomenergiepolitischen Vorgaben durchzusetzen. Auch jene „Macher“ wissen, daß die im Bundestag vertretenen Parteien CDU/CSU, FDP und SPD nicht mehr beanspruchen können, den „energiepolitischen“ Wählerwillen zu vertreten. Diese politischen Parteien zeigen sich schließlich zunehmend unfähig, im „energiepolitischen“ – und wenn man diesen Bereich als Paradigma für Fragen der Zukunftsentwicklung nimmt – sowie in „zukunftspolitischen“ Grundfragen ihre angesonnenen Aufgaben, Sozialintegrationismus und Konfliktbereinigung, wahrzunehmen: ihre Korruptiertheit ist dazu gerade im Bereich der Energiepolitik zu offensichtlich.

Mangelnde Durchsichtigkeit von Maßnahmen der Verwaltung, Verunsicherung der (betroffenen) Bevölkerung durch eine Vielzahl von widersprüchlichen, jedoch jeweils angeblich „wissenschaftlich gesicherten“ Gutachten und Stellungnahmen, eine Anzahl gescheiterter, weil als einseitige *Propaganda pro Atomenergie* durchschauter multimedialer Reklamefeldzüge als Versuch, Wirtschaftswachstum mit allgemeinem „Wohlstand“ und „Lebensqualität“ an den forcierten Bau von AKW zu binden – das alles hat zu einer allgemeinen Sensibilisierung gegenüber Zukunftsfragen im allgemeinen und Problemen der Energieversorgung im besonderen geführt. Das bereits latent vorhandene Konflikt- und Widerstandspotential gegen die herrschende Atompolitik ist ein Resultat auch dieser Entwicklung.

Der massenhafte und wirkungsvolle Widerstand aus der Bevölkerung hat schließlich zu einer zeitweiligen Verunsicherung der AKW-Planer, -Betreiber und -Nutznießer einschließlich des leitenden politischen Personals geführt. Zunächst reagierten die herrschenden Mächte auf AKW-Gegner kurzfristig und letztlich konzeptionslos: Es fehlte insbesondere eine grundlegende Strategie. Dieses strategische Vakuum begünstigte die erfolgreich in der Kombination von politischen und rechtlichen Aktionen erwirkten Baustopps bzw. die Verweigerungen von Teilerrichtungsgenehmigungen von AKW. Nachdem freilich deutlich wurde, daß die AKW-Interessenten allein mit den praktizierten gewalttätigen reaktiven Maßnahmen durch staatliche Verwaltung, Verfolgerbehörden und Justiz (nicht selten im koordinierten Zusammenspiel mit „agents provocateurs“) keine dauerhaften Erfolge erreichen konnten, besannen sich Energieplaner verstärkt auf die Möglichkeiten sozialwissenschaftlich begründeter Formen und Techniken der Reaktion auf die Bewegung gegen AKW. Seit 1974 wurden entsprechende sozialempirische Studien in Auftrag gegeben, vor allem durch den Staat als Gesamt-Energieplaner, hier konkret: das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT). Dabei wurden im 4-Jahreszeitraum 1974–1977 allein an das Batelle-Institut in Frankfurt/M. für zwei Auftragsstudien etwa 1,124 Mio. DM zur Alimentierung sozialwissenschaftlicher Ausforschung energie- und atompolitischer Fragestellungen ausgeschüttet⁴⁾.

4) Vgl. Bundesministerium für technische Zusammenarbeit (Hrsg.), BMFT Förderungskatalog 1975, 1976, 1977. Bonn 1976, 1977, 1978, 51 bzw. 46 bzw. 42.

Der damit einhergehende Auftrag an diese Sozialempirie läßt sich etwa so beschreiben: bisherige energiepolitische Vorgehensweisen haben sich als unzureichend erwiesen. Informationen an die (betroffene) Bevölkerung, sofern überhaupt beabsichtigt, sind nicht oder nicht im gewünschten Ausmaß zum potentiellen Empfänger durchgedrungen bzw. wurden nicht in der erwünschten Form auf- und angenommen. Daher sind neue Formen der Informationsabgabe, die als „Dialog“ der Behörden mit den Betroffenen verkauft werden sollten, einzuleiten (und später, wie geschehen, auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen).

Zugestanden wird dabei das Konfliktpotential und die Bewußtheit der Krisenhaftigkeit. Freilich nicht verortet als objektive Konfliktstruktur im divergierenden Interessenspektrum, sondern zurückgeführt auf mangelnde Information, fehlende Identifikationsmöglichkeiten des Bürgers usw.; diese Reduktion objektiver sozialer Konflikte auf gleichsam technisch instrumentelle Formen der Konfliktverarbeitung mit dem *deus ex machina Information* – eine typische Denkfigur der neuen Macher-Generation – führt dann zu jener Strategie der zielgruppengerechten bzw. adressatenspezifischen Informationsaufbereitung und -abgabe, mit deren Hilfe Befürchtungen und Ängsten in der Bevölkerung gezielter begegnet werden soll. Mittels spezieller sozialpsychologischer Formen dieses „Dialogs“ staatlicher Instanzen mit der Bevölkerung und einzelnen Gruppen soll die Konfrontation abgebaut und ein „partnerschaftliches“ Verhältnis aufgebaut werden, indem die – angeblich bestehenden – gemeinsamen Ziele betont werden. Das schließt nicht aus, daß gegen die Kerne der Bürgerinitiativen gleichwohl traditionell-polizeistaatlich vorgegangen wird.

Die wichtigsten bekanntgewordenen Studien suchen denn auch, teilweise mit relativ entwickeltem und differenziertem methodischen Instrumentarium, bis hin zur „teilnehmenden Beobachtung“, spezifische Erkenntnisse über Bewußtseinssegmente und Handlungspotentiale der sich wehrenden Menschen zu gewinnen, die als Anknüpfungspunkte für Meinungs/Einstellungswechsel und Meinungs/Einstellungsbildung zur Durchsetzung der Atomenergiepolitik geeignet erscheinen. Dabei können angesichts der angemessenen Zwecke und trotz der Differenziertheit auf der methodischen Ebene diese Studien letztendlich nur als „Mosaiksteine zur weiteren Verfeinerung der Strategie und Taktik der Atomindustrie, der Energieversorgungsunternehmen und der staatlichen Institutionen“ gewertet werden⁵⁾. Denn objektive, interessensmäßig strukturierte Konflikte können durch partnerschaftlich-dialogisches Reaktionsverhalten z. B. der Planungsbehörden bzw. der BMFT-Vertreter nicht aus der Welt geschafft werden, sondern erscheinen im Gewand des Allgemeininteresses bloß neu eingekleidet. Wird, wie bisher, an der Atomenergiepolitik selbst unverrückbar festgehalten, lassen sich die Konfliktursachen auch durch Psycho-Trimmi-Veranstaltungen der Macher nicht

5) Vgl. W. Schluchter, Bürgerdialog und Partizipation. Zur Untersuchung des Batelle-Instituts in Frankfurt, in: „Technologie und Politik“, 7/1977, S. 96.

wegschaffen – weder im Bereich der Nuklear-Kontroverse im besonderen noch in interessensmäßig strukturierten und damit objektiven gesellschaftlichen Konfliktbereichen im allgemeinen⁶⁾.

III

Die erste, zunächst noch mit etwa 230 000 DM Auftragsvolumen kleiner dimensionierte Untersuchung des Batelle-Instituts sollte eine Forschungs- und Strategie-Lücke insofern schließen helfen, als darauf abgezielt wurde, Entstehungsbedingungen, Arbeit und Wirkungen von Bürgerinitiativen zu erfassen⁷⁾. Interviews, Fragebogen, Beobachtungen und Medienanalysen sollten Daten erbringen, um die angezielte „Diskussion“ zwischen Gegnern und Befürwortern der Atomenergie zu „versachlichen“ und darüber hinaus den politischen Entscheidungsträgern die gesellschaftliche Bedeutung von Bürgerassoziationen selbst zu verklären. Der Prozeß der Umsetzung dieser zunächst „wertneutral“ erscheinenden sozialempririschen Forschung läßt die Bewertung richtig erscheinen, daß die tatsächliche Zieldefinition der Studie auf die sozialemprirische Absicherung der erfolgversprechenden Informationsstrategie zur Unterstützung der unverrückbar vorgegebenen Atompolitik-Ziele der Bundesregierung hinauslief. Die Entwicklung des „Bürgerdialogs Kernenergie“ vom BMFT zeigt, daß dort unmittelbar Anregungen des auftragnehmenden Instituts verwendet wurden. Freilich gelang es auch dadurch nicht, langfristige Bewußtseinsänderungsprozesse und Handlungsvorrangigkeiten der als Zielgruppe strategisch anvisierten Bevölkerungsgruppen angemessen auszusteuern. Nicht zuletzt das „starke Mißtrauen“⁸⁾, mit dem – wie wir meinen: zu Recht – die auszufragenden Menschen den Batelle-Forschern begegneten, mag schon bei der Datenerhebung zu Verzerrungen und Informationsverlusten geführt haben.

Die erste Batelle-Untersuchung war letztlich „von den aktuellen Entwicklungen laufend überholt“⁹⁾: schon ein Jahr nach ihrer Veröffentlichung, 1976, hatte sie bloßen wissenschaftsgeschichtlichen Wert für den Auftraggeber BMFT. Der praktische Widerstand gegen Bau, Erweiterung und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken hatte sich 1976 vielmehr ausgeweitet, war sowohl quantitativ angewachsen als auch qualitativ durch die Überwindung regionaler Schranken sowie durch zunehmend koordiniertes Handeln der Initiativen auf höherer Ebene gesichert. Mitglieder und Sympathisierende der Initiativen hatten sich nicht spalten lassen. Es war weder den Vertretern der polizeistrategischen noch den Vertretern der sozial-integrativ-dialogischen Linie gelungen, ein „pluralistisches Meinungsspektrum“ als Faktor unter anderen auszuwerfen, obwohl mit dem Ziel der Spaltung der Initiativen breit angelegte Versuche unternommen wurden. Die Erfahrung, zunächst als

6) Vgl. E. Reidegeld, „Bürgernahe“ Verwaltung durch Psycho-Training?; in: „Sozialer Fortschritt“, 25 1976, S. 276–283; Ders., Krise, Verwaltungshandeln und Wissenschaftspolitik; in: „Leviathan“, 5 1977, S. 28–52.

7) Siehe van Buijen u. a., Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken, hrsg. v. BMFT, Bonn 1975, 1977².

8) Van Buijen u. a., a.a.O., S. 7.

9) Schluchter, a.a.O. (Anm. 12), S. 96.

„Partner“ in einem „Dialog“ teilhabend ausgeforscht werden zu dürfen, um sich sodann als Objekt der Propaganda in Atomenergie-Kampagnen wiedererkennen zu müssen, hat auch sicherlich dazu beigetragen, daß die Möglichkeit zur Erhebung weiterer empirischer Daten in diesem sozialen Konfliktfeld inzwischen recht begrenzt sind. Wer immer außerhalb der Initiativen selbst hier sozialempirisch forschen will, muß mit einer breiten Palette von Verweigerungsmaßnahmen rechnen, die von bewußten Falschangaben bis zu Boykott-Maßnahmen reicht.

Die zweite Batelle-Studie, auch ausgelegt als Evaluationsversuch des „Bürgerdialogs“, wurde angesichts der sich zuspitzenden Situation in Auftrag gegeben und sollte – dazu auch finanziell mit 893 000 DM aufwendiger dimensioniert – *längerfristige* Entwicklungstrends erfassen helfen und zu den tieferliegenden Ursachen und Beweggründen der Menschen in ihrem Verhältnis gegenüber verschiedenen Energieformen und damit auch zu Ursachen des Engagements der Bürger gegen Atomenergie vordringen. Einstellungen und Verhalten sollten – so Matthöfer, damals politisch für die Politik des BMFT verantwortlich – „in größere wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge gestellt“ werden¹⁰). Über ein differenziertes sozialpsychologisches Einstellungskonzept, das gleichwohl immer schon dann, wenn es um die Abbildung manifesten und alltäglichen *Verhaltens* geht, zu kurz greifen muß¹¹), insbesondere deshalb, weil die Fähigkeit der Menschen, in den Aktionen selbst Erfahrungen zu machen, zu lernen und auch ihre Einstellungen und Meinungen zu ändern, nicht erfaßt werden *kann*, sollte gezielt auch das gesellschaftliche „Umfeld, in das die Energiefrage eingebettet ist“¹²), empirisch ausgelotet werden. Damit eine mit veränderten und aktualisierten Gesichtspunkten aufzunehmende Fortführung des „Bürgerdialogs Kernenergie“ für den die Interessen des Atom-Industrie-Komplexes und des diese weitgehend exekutierenden Staatsapparats annehmbare Ergebnisse erbracht werden konnten, wurden breit aufgefächerte „Einstellungen mit ihren sozioökonomischen Variablen“ sowie „regionale Besonderheiten“ erhoben und nach dem „spezifischen Erfahrungs- und Bewertungshintergrund verschiedener sozialer Gruppen und Schichten“ gefragt¹³).

In den Ratgebereien, die die Sozialforscher von Batelle schließlich dem BMFT präsentieren, wird die politisch-ökonomische Gesamthematik in *Umweltprobleme, technische Probleme, juristische* und *verwaltungsmäßige* Fragestellungen, *Kommunikationsprobleme* u. a. zerlegt und entsprechend den empirisch aufbereiteten Besonderheiten in Detailstrategien gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen übergeleitet. Empfohlen wird dabei, The-

10) Batelle-Institut e. V., *Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten*, hrsg. v. BMFT, Bonn 1977, 2 Bde.; hier Vorwort Matthöfer, Bd. 1.

11) Vgl. für viele: M. Irlé, *Entstehung und Änderung von sozialen Einstellungen (Attitüden)*; in: F. Merz (Hrsg.), *Bericht über den 25. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie*, Göttingen 1967, 194–221; H. Berger, *Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit*, Frankfurt/M. 1974.

12) Batelle, 1977, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 10), A 6.

13) Ebd. (Anm. 10), A 7.

mata wie z. B. Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum¹⁴⁾ stärker als bisher mit der Energiediskussion zu verbinden, um langfristig Einstellungsänderungen bei Atomenergiegegnern zu bewirken. Dabei werden freilich wiederum Interessenübereinstimmungen stillschweigend vorausgesetzt, die in der Tat weder gegeben sind noch sein werden, etwa in der demagogischen Formel, die Anti-AKW-Initiativen gefährdeten Arbeitsplätze, in deren Propagierung heute immer noch einer der durchschlagenden Metaphern der Kernenergiereklame und ihrer sprachlichen Verpackung¹⁵⁾ liegt. Entsprechend seien im wesentlichen „Störungen“ im Kommunikationsgefüge zu beseitigen, um den Persuasionsversuch wirksamer auszugestalten. Derart auf die instrumentelle Ebene heruntergebracht, müßten Sender-Qualitäten (insbesondere seine Glaubwürdigkeit) ebenso wie die Kommunikationsform (in Richtung auf Mehrseitigkeit und Mehrdimensionalität) verbessert werden, damit beim Empfänger (gemeint: Bürger) die beabsichtigten Überredungsvorgänge qualifizierter eingeleitet werden können und die Menschen sich nicht frühzeitig gegenüber diesen Informationen „immunisierten“.

Sicherlich wird auch diese taktische Um-Orientierung in der Atomreklame nicht voll durchschlagen können, weil es sich um objektive Konfliktstrukturen handelt, die nicht wegdialogisiert werden können. Gleichwohl mag diese Strategie an den Rändern der Initiativ-Bewegung selbst und bei Teilen des noch passiven Potentials mit diffusen Anti-Atom-Einstellungen ohne Aktionserfahrung teilweise verunsichern können, insbesondere wenn es gelingen sollte, das Widerstandspotential im herrschenden Parteienspektrum einzufangen und/oder es in grün getünchte politische Sackgassen umzulenken.

Parallel zu den Leitstudien von Batelle 1974–1977 wurden weitere Versuche unternommen, mithilfe von sozialempirischen Untersuchungen das Konfliktpotential in den Griff zu nehmen und Beratungsmuster für politisch Verantwortliche bereitzustellen. So wurde in einer von der Kernforschungsanlage Jülich beauftragten Untersuchung¹⁶⁾ versucht, den Konflikt der Nuklearkontroverse dadurch zu verfälschen, daß er gleichsam als bloß semantisches Problem zu begreifen sei. Der Autor dieser Studie, O. Renn¹⁷⁾, sieht in einer „bunten“ Untersuchung nämlich die Gefahr, daß die Kontroverse zu stark „ideologisiert“ – was immer das sein mag im Grundmuster „wertfreier“ Auftragsforschung – werde¹⁸⁾. Es müsse festgestellt werden, daß die kontroversen Aussagen von Wissenschaftlern – die, wenn man so will, inzwischen ihre herrschende Institutionalisierung in der Form gefunden haben, daß sozialliberale

14) Vgl. dagegen R. A. Dickler, Atomenergie und Arbeitsplätze; in: „Blätter“, 9. 1977, S. 1075–1094.

15) Vgl. H. Gründler, Kernenergiewerbung; in: „Literaturmagazin 8“, Die Sprache des Großen Bruders, Reinbek 1978, 69–89.

16) Das hierfür vorgeschossene Kapital konnten wir nicht ermitteln. Wir erwähnen jedoch, daß das BMFT der KFA Jülich 1974–1977 für „begleitende Studien zum Rahmenprogramm Energieforschung“ 2.072 Mio. DM zur Verfügung stellte (vgl. BMFT-Förderungskatalog 1977, Bonn 1978, S. 395). Nicht ausgeschlossen, daß die nachfolgend vorgestellte Untersuchung als „begleitende Studie zum Rahmenprogramm Energieforschung“ zu werten ist.

17) Vgl. O. Renn, Kernenergie aus der Sicht der Bevölkerung. Analyse von Einstellungen und Motiven, Jülich 1977, KFA Jülich GmbH, Interner Bericht KFA-AKI-1 B – 1 77.

18) Renn, a.a.O. (Anm. 17), S. 137.

Forschungspolitiker zwei Risikostudien zur Sicherheitsbewertung von AKW beauftragen wollen, u. a. weil ihnen die dogmatische Befürwortungslinie des Vorsitzenden der Reaktorsicherheitskommission beim BMI, Birkhofer, zu eng scheint¹⁹⁾ – und die beiderseits beanspruchte wissenschaftliche und Fachkompetenz die Bevölkerung verunsichert habe und dadurch die Menschen letzten Endes gezwungen worden wären, sich an „ideologischen“ Standards zu orientieren.

Unabhängig davon, daß die letztgenannte Arbeit noch hinter den derzeitigen sozialintegrativen Erkenntnis- und Politikstand zurückfällt, zeigen die bisher vorgestellten Studien, daß es eine „Objektivität“ von Sozialforschung und eine „Überparteilichkeit“ der Ergebnisse im nuklearen Konfliktfeld wie bei allen interessenstrukturierten sozialen Konflikten letztendlich nur als Dogma, als „wissenschaftlich“ behauptete Rechtfertigung immer schon getroffener politischer Entscheidungen selbst gibt. Damit wird auch die Abhängigkeit des Sozialforschers (abgesehen von seiner objektiv vorgegebenen sozialen Abhängigkeit als Lohnarbeiter) in spezifischer Form verdoppelt und scheint, wengleich vielfältig vermittelt, als Abhängigkeit vom Auftraggeber (Kapitalgeber) auf.

Angesichts der durchschlagenden Erfolglosigkeit der staatsmonopolistischen Versuche, den Atomenergiegegnern beizukommen, verwundert es nicht, daß Ende 1976 auf der Mitgliederversammlung des atomindustriellen Interessenscharniers, dem Deutschen Atomforum e. V. (Bonn), nicht nur über technische und politische Probleme der Durchsetzung des Atomprogramms, sondern auch über „sozialpsychologische Aspekte der Kernenergie“ gesprochen wurde²⁰⁾. Als Ursache der nuklearen Kontroverse wird ein widersprüchliches Rollenverhalten der Menschen ausgemacht. Unvereinbare Anforderungen führten zu Frustrationen. In ihrer Orientierungslosigkeit und auf Grundlage eines Angst-Neid-Syndroms werden die Menschen von diffusen Angstgefühlen geplagt. Die „frei flottierende“, „vagabundierende“ Angst mache sich dann nur zu gern am Komplex Atomkraftwerke fest; AKW fungierten als Angstobjekte. Damit habe die zunächst diffuse Angst einen Namen wie ein Objekt. Die Flucht in kleine soziale Einrichtungen – Bürgerinitiativen – sei entsprechend der Versuch, die subjektiv empfundenen Spannungen zu lösen. Diesen im Grunde fehlgeleiteten Menschen – so das Grundmuster der Argumentation – könne durch gezielte Aufklärungskampagnen geholfen werden, indem sie von den „Radikalen“ und „Profilsüchtigen“, welche sich unter die „wohlwollenden“ Bürger gemischt hätten, abgelöst werden. Dazu seien die Radikalen zu entlarven und zu isolieren, die „beunruhigten, besorgten Bürger“ gleichsam heim ins Reich der Atomindustrie zu führen.

19) Vgl.: Die Koalition will Reaktorsicherheit künftig doppelt prüfen in: FAZ v. 16. 11. 1978.

20) H.-Ch. Röglin, Sozialpsychologische Aspekte der Kernenergie; in: „atomwirtschaft“, 1. 1977, S. 20–23.

Diese Neuauflage der von jedweder Polizeiwissenschaft gepflegten „Rädelsführer“-These²¹⁾, die dann zielgruppenspezifisch umgesetzt wird, ist durchaus als strategische Linie der unmittelbaren Atominteressenten des Deutschen Atomforums aufzufassen. Sie schreckt einerseits vor sozialer Demagogie nicht zurück („unsere Informationspolitik (. . .), muß die Bürgerinitiativen in ihrem Kern als das sehen, was sie sind, nämlich möglicherweise sogar unsere Verbündeten“²²⁾), und meint andererseits, berechtigten Protest als „Krawall“ und „Radau“ stigmatisieren zu müssen (und damit zugleich Teile der Bürgerinitiativen dem Polizeiknüppel überantworten zu können).

In einem Beitrag zur „politischen Psychologie“ kommt F. Lehner²³⁾ mithilfe der teilweisen Verwertung bestimmter sozialwissenschaftlicher US-Importe, die als Ursachen der wachsenden sozialen Bedeutung von Ökologie-Bürgerinitiativen Wertumorientierungen in den Mittelschichten erkennen wollen, zu dem Ergebnis, daß, unabhängig vom zugestandenen *politischen* Potential, der Grad der „Organisations- und Durchsetzungsfähigkeit“ der Umweltbewegung zu gering sei. Ein „Wertwandel“ in dem Sinne, daß ökologische Prioritäten gesetzt werden und politisch durchschlagen, habe noch nicht stattgefunden, vielmehr sei „ego-fixiertes“ Wohlstandsdenken noch immer als dominant anzusehen. Somit erachtet der Autor die Chancen der „grünen“ Parteien (zu denen sich inzwischen, wie in Rheinland-Pfalz, auch NPD-Landesverbände gesellt haben)²⁴⁾ als minimal – nicht zuletzt deshalb, weil in Wahlkämpfen zunehmend auch Pflichtübungen in Sachen Umweltschutz von den etablierten Parteien durchgezogen werden. Zwar hält der Verfasser, in bemerkenswerter Einsicht, seine Untersuchung „selbstverständlich nicht (für) zwingend“ – doch auch er kann nicht mehr offerieren als die „Hoffnung“ auf einen Wertwandel, der „die Grünen“ vor einem mißerfolgsbedingten Zerfall retten möge.

In der Zeitschrift „atomwirtschaft“ analysieren G. Frederichs/M. Loeben die nukleare Kontroverse in ihrer Skizze eines integrativen Vielfaktoren-Erklärungsansatzes. Wenn dort jedoch Begriffe wie „Risikobereitschaft“ und „Sicherheitstechnik“ bzw. sicherheitstechnische Erwägungen bemüht werden, dann letztlich nur, um erneut die These vom „unechten“ Konflikt herauszuarbeiten. Auch hier interessiert Atomenergie psychologisch vor allem als Angstmacher. In der praktischen Konsequenz lautet denn auch der Schluß der Autoren, für AKW-Gegner erscheine eine therapeutische Behandlung angebracht – etwa Gegenkonditionierung in der Form, daß immer dann, wenn eine Demonstration stattgefunden hat, der Strom in der entsprechenden Region ausgeschaltet wird. Eine Kombination dieser Methoden mit einer Konflikteinschätzung, derzufolge die Nuklearkontroverse doch ein „echter“ Konflikt mit

21) Diese Denk- und Handlungsfigur gehört zum traditionellen Arsenal polizeilich-repressiver Methoden. Unvorstellbar für diese Verfolgerinstanzen, daß die Menschen *bewußt* handeln.

22) Röglin, a.a.O. (Anm. 20), S. 23.

23) F. Lehner, Ist die Hoffnung noch grün?; in: „psychologie heute“, 5/1978, S. 46–55.

24) Vgl. „NPD für Stopp von Kernkraftwerken“; in: „Rheinpfalz“ v. 6. 11. 1978. – Inzwischen plakatiert auch diese rechtsextremistische Partei nur noch Grün in der Pfalz.

partiellen Widersprüchen zwischen Bedürfnissen und Werthaltungen von AKW-Befürwortern und -Gegnern sei, bedeutete zwar nach Auffassung von Frederichs/Loeben den optimalen Erklärungs- und Prognosewert – freilich: immer dann, wenn die Menschen bewußt und organisiert ihre Interessen wahrnehmen, kommt man mit den Grundrechenarten in der Sozialwissenschaft nicht mehr hin. Das gilt auch und gerade für die Nuklarkontroverse.

Grundsätzlich andere Perspektiven scheint W. Andritzky in der Untersuchung der Umweltbürgerinitiativen (Institut für Zukunftsforschung, Berlin (West) 1977) ansprechen zu wollen. Leider wurde diese Arbeit uns so spät zugänglich gemacht, so daß gerade bei dieser Untersuchung – vor der Bürgerinitiativen gewahrt haben, indem sie zum Boykott aufriefen – manches im dunkeln bleiben muß²⁵). Folgt man einem der Autoren, dann sollte diese Untersuchung „insbesondere auf objektive Strukturmerkmale der Initiativen und ihres gesellschaftlichen Umfeldes“ – ähnlich der zweiten Batelle-Studie – abheben. Was jedoch schließlich als Perspektive angeboten wird – nämlich die These, ökologische alternative Lebensformen könnten ein notwendiger Schritt sein, „den latent vorhandenen ökologisch bestimmten Wertorientierungen und der politischen Handlungsbereitschaft im Sinne von ‚konkreten Utopien‘ (Marcuse) einen weiteren Kristallisationskern (zu) geben“²⁶), – scheint uns auf die Entpolitisierung des Bürgerprotestes hinauszulaufen und gibt der Studie selbst keinen guten Stern.

IV

Wird also auf der einen Seite versucht, „objektiv“ (gleichwohl mit einem Spritzer sozialwissenschaftlichen Voyeurismus) Bürgerinitiativen auszuspähen, Daten zu sammeln, zu ordnen und Strategie der Persuasion zu formulieren, um in der Konsequenz die Konfliktlage in Energie-, Atom- und Umweltsdebatte im Interesse herrschender Mächte zu entschärfen und die Bewegung selbst ans spätkapitalistische Gesellschaftssystem anzubinden, so wird andererseits eine nicht minder „objektiv“ begründete Tendenz zu Resignation und Entpolitisierung begünstigt und verbreitet. Der – rechts wie „links“ unternommene – Rekurs auf illusionäre Ausbruchs- und Fluchtszenarien ist – so meinen wir – Indikator zunächst der Unwissenschaftlichkeit dieser verschiedenen Untersuchungsvarianten, der „politisch“ verwertet werden kann. Hier finden wir die Kehrseite der bürgerlichen Krisenmedaille. Auf der Vorderseite steht nach wie vor der überstürzte, an Profit und Kapitalverwertung ausgerichtete und elementarste Sicherheitserfordernisse mißachtende Bau von Atomkraftwerken. Beide Seiten bilden eine widersprüchliche Einheit. Es sind die Gesichter der bürgerlichen Welt selbst.

25) Vgl. W. Andritzky, Erstmals wissenschaftlich untersucht: Bürgerinitiativen; in: „Bild der Wissenschaft“, 15. 1978, S. 84–94. Sowie W. Andritzky, Umweltinitiativen als politischer Machtfaktor; in: „Argument“, 20 (1978) 112, S. 832–844; und den Bericht W. Andritzky, U. Wahl-Terlinden, Mitwirkung von Bürgerinitiativen an der Umweltpolitik. Umweltbundesamt, Bericht 6/1978, Berlin (West) 1978. Dieser Bericht wurde uns erst nach Abschluß unseres Manuskripts zugänglich gemacht.

26) Andritzky, a.a.O. (Anm. 35), hier 843.

Strukturieren wir die angesprochenen Problemaspekte im Gesamtzusammenhang und auf der Grundlage konkreter geschichtlicher, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungstendenzen, dann läßt sich nur betonen, daß in *allen* Untersuchungen zur Nuklearkontroverse in der Bundesrepublik entscheidende Fragen ausgeblendet blieben – vor allem die Frage nach der widersprüchlichen Einheit zwischen Produktivkraftentwicklung und den Produktionsverhältnissen im Nuklear- und Energiebereich und der Vermittlung dieser objektiven Dialektik in Einstellungen, Verhalten und Aktionen im Rahmen von Bürgerinitiativen im Umweltbereich im allgemeinen und zu AKW im besonderen. Der Tatbestand, daß die herrschenden Mächte, an den gegenwärtigen und Zukunftsinteressen ausgerichtete, Sozialforschung zu alimentieren nicht bereit sind, erklärt, warum gerade zu der von uns für zentral gehaltenen Problemstellung „wissenschaftlich“ nichts vorliegt – sie entbindet aber nicht von dem Erfordernis der konkreten wissenschaftlichen Untersuchungsarbeit selbst, wodurch im übrigen jenseits der zunehmenden pessimistischen Weltsicht und dem Alltagsgefühl, gleichsam immer hart am Rande des Abgrunds balancieren zu müssen, ein optimistisches, weil auf die gesellschaftliche Kontrolle der Natur, Technik und der gesellschaftlich-menschlichen Natur ausgelegtes, Moment durch die spezifische Optik einer sich diesen Problemen stellenden materialistisch-kritischen Sozialwissenschaft entfaltet werden könnte.

Denn es geht bei der nuklearen Kontroverse auch in der Bundesrepublik nicht – wie Ideologen des Atom-Industrie-Komplexes glauben machen wollen – um die „Krise des Menschen in der modernen Industriegesellschaft“²⁷⁾ schlechthin, sondern um die Einschränkung und die schließliche Überwindung jener sozialen Mächte, die *technischen* Fortschritt um Kapitalverwertung und Profit willen durchsetzen und damit den *gesellschaftlichen* Rückschritt tragen.

Helga Bufe / Jürgen Grumbach

Staat und Atomindustrie

Kernenergie in der BRD

280 Seiten mit 9 Abbildungen, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

²⁷⁾ Vgl. Roglin, a.a.O. (Anm. 30), S. 21.